

Die Geschichte des Fachkräftemangels

Kolumne des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder!

Der gegenwärtige „Fachkräftemangel“ hat eine lange Geschichte und er ist weitgehend hausgemacht, wie eine kurze Betrachtung der Vergangenheit zeigt. Die wesentlichen Grundlagen reichen in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem in die 1950er- bis 1970er-Jahre, hinein. Durch den technischen Fortschritt bedingt stieg die sogenannte Produktivität in dieser Zeit massiv. Menschliche Arbeitskraft wurde dabei, sehr knapp

formuliert, durch Energieeinsatz ersetzt. Da die Arbeitszeit aus den verschiedensten Gründen nicht in gleichem Ausmaß verkürzt wurde, stiegen die Arbeitslosenzahlen bis auf ein Niveau, das u.a. ange-sichts des damals noch herrschenden Wettkampfes der Systeme (Sozialismus/Kommunismus gegen Kapitalismus) in den 1970er Jahren ein von der Politik nicht mehr toleriertes Ausmaß annahm.

Fachkräftemangel im Handwerk

Man verständigte sich schließlich auf eine Aufblähung der Bürokratie. Immer neue Gesetze und Verordnungen benötigten immer mehr Arbeitskraft an Arbeitsstätten, die beliebt waren und sind. Denn in Büros ist es gewöhnlich warm und trocken und



Dipl.-Ök. Thomas Brügmann

Kaffee gibt es auch. Deshalb entschieden sich immer mehr Berufsanfänger für eine Ausbildung im eher unproduktiven Verwaltungsbereich statt in diesem Sinne produktive Berufe anzustreben, bei denen man aber z.B. dem Wetter ausgesetzt bleibt oder man sich auch einmal die Hände schmutzig machen muss. Der erste massive Fachkräftemangel war deshalb auch folgerichtig im Handwerk zu beobachten.

Mehr als 20 000 Bauvorschriften

Währenddessen verselbständigte sich die Bürokratie und inzwischen fehlt es auch in den dortigen Büros an „Fachkräften“. Mittlerweile erschweren z.B. über 20 000 Bauvorschriften die Realisierung so manchen Projektes und Juristen sind oft zu den wichtigsten Partnern von Architekten und Bauunternehmern geworden. Doch noch stellt kaum jemand die Frage, warum es 20 000 Bauvorschriften braucht oder mehrere Unterschriften bei der Abholung eines neuen Personalausweises.

Der erste drohende Fachkräftemangel wurde Anfang der 1960er Jahre mit dem Hereinholen von Gastarbeitern bekämpft. Gastarbeiter oder kein ar-

beitsfreier Sonnabend, lautete damals auf den Punkt gebracht die Devise. Wie der Begriff „Gast“ schon suggeriert, sollten die damaligen Kräfte befristet nach Deutschland kommen und dann wieder in ihre Heimat gehen. Doch mit der sozialliberalen Koalition ab 1969 war es mit dieser Maßgabe vorbei und es kam stattdessen zum Familiennachzug. Der staatliche Betreuungsaufwand hielt sich damals aber noch in engen Grenzen, weil zum einen die Zahl der Gastarbeiter verglichen mit heute noch sehr gering war und diese zum anderen im Regelfall aus ebenfalls christlichen oder orthodoxen Kulturreisen stammten.

Mehr als 160 Fakultäten für Genderstudien

Es war erst Angela Merkel, unter der die Grenzen für praktisch alle geöffnet wurden. Die Bürokratie wuchs und gedieh in diesem Zuge. In den letzten Jahren mußten für die Ausländerbetreuung sogar Kräfte aus anderen Ämtern abgezogen werden, was sich dort in vielen Fällen in Form von Wartezeiten für bürgerliche Dienstleistungen (Ausweise, Autozulassung usw.) bemerkbar macht.

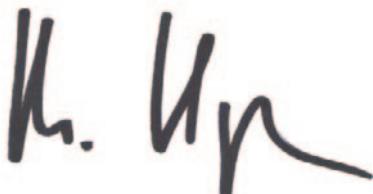
Mit maßgeblich für den derzeitigen Fachkräfte-mangel ist auch die Gehaltsstruktur. Handwerker, Pflegekräfte, Techniker oder Landarbeiter werden oft gering bezahlt im Vergleich mit vielen Bürojobs, Umwelt- oder Genderexperten. Es ist nicht so, um Missverständnissen vorzubeugen, dass wir diese

gar nicht benötigen. Aber gewiß nicht im derzeitigen Ausmaß. Und blickt man zu den Universitäten, kann man dort aktuell mehr als 160 Fakultäten für Genderstudien etc. zählen, aber nur noch sieben für Atomphysik. Hier müßte man ansetzen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels, doch in der Politik hält man sich (meistens) lieber beide Augen und Ohren zu...

Reine Selbstverwaltung

Von einer gewissen Größe an ist ein Verwaltungsapparat schon mit der reinen Selbstverwaltung ausgelastet. Immer „mäßiger“ Verwaltungsleistungen – um es vorsichtig auszudrücken – bei einem immer größeren Beamten- und Angestelltenheer legen die Befürchtung nahe, dass dieser Zustand in Deutschland schon bald erreicht sein dürfte. Da herauszukommen wird nicht einfach sein, aber es ginge. Denn einen Rest an Marktwirtschaft haben wir durchaus noch. Man müßte in einem ersten Schritt z.B. die Gehaltsstrukturen dahingehend umgestalten, dass z.B. Pflegekräfte mehr verdienen als sogenannte „Genderspezialisten“ (wäre im Rahmen der Tarifautonomie ohne staatliche Eingriffe oder Gängelei noch möglich). Die so angestoßenen Veränderungen würden dann langsam, aber sicher eintreten.

Herzlichst Ihr



**Besuchen Sie uns
im Internet unter
www.bvmu.de**

